

GALG (Gewerkschaftliche Arbeitslosengruppe Göttingens)

Tel. 0551/3792697

Fax: 0551/3792699

Email: henry.royeck@t-online.de

**Offener Brief der Gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppe Göttingens (GALG)
An den Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB**

An den
Geschäftsführenden
Bundesvorstand des DGB
Henriette-Herz-Platz 2

10178 Berlin

Betr.: Eure Presseerklärung vom 19. August 2004

An die KollegInnen des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB,

Die Rolle der DGB-Führung in der gesamten Auseinandersetzung mit den sog. Reformen im Zuge der Agenda 2010 ist und war für die vom Sozialabbau direkt Betroffenen von Anfang an eher traurig.

Zunächst wurde der offene Konflikt mit der Regierung ganz gescheut, dann wurde der Druck von unten halbherzig aufgenommen. So ist z. B. die bundesweite Demonstration am 3.4.2004 vor allem auch deshalb vom DGB organisiert worden, weil sie vom Europäischen Gewerkschaftsbund ins Leben gerufen wurde (der allerdings ebenfalls erst auf permanentes Einwirken vieler europäischer Basisorganisationen wie des Europäischen Sozialforums, vieler anderer Initiativen und Verbände und auch der eigenen Basis in die Gänge kam) und weil die eigenen Basisgliederungen in den meisten Einzelgewerkschaften immer stärker drängten. Die Rede des Kollegen Sommer gab dann ja etlichen Bewegten mehr Hoffnung. Sie war kämpferischer als alles vorher Gesagte und Geschriebene.

Eine Zeitlang hielten diese Töne noch an und nun ist es wohl schon wieder vorbei mit diesem Strohhalm. Nach und nach soll sich nach Hartz I bis III nun auch mit Hartz IV abgefunden werden. Einige Änderungen bei der Zumutbarkeit, bei den Freibeträgen der Vermögensanrechnung, bei den älteren Erwerbslosen und etwas öffentliche Beschäftigung mit Perspektiven für die ALG II-EmpfängerInnen. Und das soll es dann gewesen sein??

Schon alleine dieser Teil eurer Erklärung hätte uns zu einer Antwort herausgefordert. Aber es kommt noch viel, viel schlimmer. Zunächst schreibt ihr noch, dass der DGB auf Informations- und Protestveranstaltungen auf die Notwendigkeit dieser Änderungen deutlich hinweisen wird. Das ist uns zwar längst zu wenig, aber noch schlüssig.

Aber dann geht es los: ihr schreibt, "... der DGB ruft zu Aktionen wie Montagsdemos nicht auf, insbesondere dort, wo sie zu parteipolitischen Zwecken missbraucht werden". Rein sprachlich und logisch mussten wir hier schon ein bisschen nachdenken, was der Unterschied zu nicht aufrufen und insbesondere nicht aufrufen ist, aber sind wir nicht kleinlich. Parteipolitischer Missbrauch von den bisher stattfindenden Montagsaktionen ist ja nun wirklich die große Ausnahme. Das könnte euch bekannt sein und ist es wohl auch?

Der letzte Absatz dieser Erklärung allerdings ist die Krönung: ihr wollt Demagogen gleich welcher politischer Schattierung entgegentreten. Na unseretwegen. Wenn dann der nächste Satz heißt: „das gilt insbesondere für undifferenzierte Hartz IV muss weg – Aufrufe“, ist die Katze aus dem Sack.

Wir sind also die Demagogen. Viele von uns sind zwar Gewerkschaftsmitglieder, arbeiten z. B. in örtlichen und regionalen Vorständen, in Landeserwerbslosenausschüssen etc. und vor allem vor Ort in den Sozialhilfe- und Erwerbsloseninitiativen mit. Wir begründen in jedem Aufruf und bei jeder Aktion schlüssig und nachvollziehbar, warum Hartz IV und alle anderen sog. Sozialreformen nichts als sinnloser Sozialabbau sind, der so gut wie keine Arbeitsplätze schaffen wird, sondern nur der weiteren Umverteilung von unten nach oben dient und deshalb in der Tat wieder eingestampft werden muss. Wir schlagen auch sinnvolle Gegenkonzepte vor.....

Und ihr erklärt uns zu Demagogen!!

Damit stellt ihr euch offen auf die Seite derer, die den Sozialabbau betreiben. Was haltet ihr denn an den „Hartz-Gesetzen“ für nicht ablehnenswert? Etwa die Verarmung von Millionen Erwerbslosen, oder den Druck auf die Arbeits- und Lohnbedingungen der (noch) Beschäftigten oder etwa die „verstärkte Vermittlung“ in nicht vorhandene Arbeitsplätze? Was ist an diesen Gesetzen positiv?

Viele von uns überraschen eure Ausführungen nicht wirklich, denn je höher in der Hierarchie des DGB wir uns umsehen, desto wichtiger ist das richtige Parteibuch und die nächste Wahlwelle rollt heran. Aber die Inhaltsleere und die Unverfrorenheit, mit der ihr es macht, kann uns denn doch noch beeindrucken.

Interessant ist nur, dass vielerorts auf der Ebene der Regionen des DGB bisher eine ganz andere Politik gemacht wird. Hier organisieren DGB-Regionvorsitzende aktiv solche Montagsaktionen und haben durchaus viel weiterreichende Forderungen als die paar Veränderungen, die der geschäftsführende DGB-Bundesvorstand für ausreichend hält. Ihr lauft Gefahr, dass vielleicht in Zukunft eine Parole lautet: Wir sind der DGB! Und das werdet dann nicht ihr gerufen haben.

Wir fordern euch jedenfalls öffentlich auf, diese Erklärung zurückzunehmen. Und ebenso eure „Ausführungsbestimmungen für Demonstrationen mit DGB-Teilnahme“ (wichtigster Inhalt: der DGB nimmt nicht teil, wenn Aktionen unter der Überschrift „Hartz IV muss weg“ laufen). Als wir diesen offenen Brief diskutierten, wollten viele von uns eine Forderung nach eurem persönlichen Rücktritt hier stehen haben. So groß ist die Wut an der Basis inzwischen. Wir haben dieses Mal darauf verzichtet. Bedauerlicherweise wird es dazu wohl noch genügend Gelegenheiten geben.

Wir setzen auf die Basisgliederungen der DGB-Gewerkschaften und unsere Kraft als Initiativen. Und (solange das so bleibt) auch auf Gewerkschaftsvorsitzende wie den von verdi (Frank Bsirske im Neuen Deutschland vom 30.08.2004: „Wir gehören auf die Strasse“. Und dort hat er keine Probleme mit der Forderung „Hartz IV muss weg“). Gut möglich, dass wir Hartz IV und die bisherige Agenda 2010 nicht stoppen können und es durchaus noch schlimmer kommt. Aber wir haben es jedenfalls versucht.

i. A. der Gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppe Göttingens (GALG)

Henry Royeck